

Presseinformation

Ein Kiez wehrt sich gegen verfehlte Senatsentscheidung

Unser Einwohnerantrag „Bebauungsplan statt Sonderbaurecht, gutes Wohnen für Geflüchtete, Baumschutz“ wurde vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg formal anerkannt. Die über 2.000 Unterschriften werden nun auf ihre Gültigkeit überprüft. Die Kiezbewohner*innen fordern, dass im so genannten Dreiländereck an der Ratiborstraße in einem normalen Bauverfahren mit Bürgerbeteiligung gebaut wird und zwar Wohnungen für Geflüchtete und keine Gemeinschaftsunterkunft. Die großen alten Bäume und die bisherigen Nutzung (Biergarten Jockel, Wagenplatz, Werkstätten) müssen dabei unbedingt erhalten bleiben.

Die aktuellen Pläne des Senats laufen dem zuwider.

Über ein Jahr lang wurde von den Nutzer*innen des Areals zusammen mit einem Planungsbüro, Behördenmitarbeiter*innen, der Nachbarschaftsinitiative und dem Bezirk an einem Konzept für die Bebauung gearbeitet. Der Berliner Senat missachtet diesen kooperativen Prozess. Er hat das Verfahren an sich gezogen und kurzerhand entschieden, nach Sonderbaurecht §246 eine so genannte Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) am Uferweg zu bauen. Die Berlinovo will schon Ende August einen Bauantrag bei der Oberen Baubehörde einreichen. Spätestens seit wir den Bauplan auf einer großen Tafel bekannt gemacht haben, ist er Kiezesgespräch.

- Warum kein Sonderbaurecht?

Mit dem Sonderbaurecht kann ohne Beteiligungsverfahren der Anwohnerschaft gebaut werden und die bei Neubauvorhaben üblichen Standards (Infrastrukturmaßnahmen, Umweltstandards z.B.) können unterlaufen werden. Bauanträge nach Sonderbaurecht müssen noch in diesem Jahr bewilligt werden, danach läuft das Gesetz aus. Deshalb betreibt der Senat das Verfahren mit großer Eile.

- Warum keine MUF?

Die Modulare Unterkunft, deren Bau im Rahmen des Schnell-Schnell beantragt wird, hat vorgegebene Maße, eine angepasste Bebauung ist damit nicht möglich. Um das Areal und die wertvolle Stadtnatur zu erhalten, ist aber eine angepasste, kleinteilige und behutsame Bebauung notwendig.

- Warum keine Gemeinschaftsunterkunft?

Als Nachbar*innenn fordern wir außerdem gutes Wohnen für Geflüchtete. Der Senat will eine Gemeinschaftsunterkunft errichten, in der sich zwei Personen ein Zimmer teilen müssen. Das heißt: keine Privatsphäre für alleinreisende Erwachsene, große Enge, eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten, keine Mieterrechte usw. Wir fordern, dass Geflüchteten genauso viel privater Raum zur Verfügung steht, wie es der Standard des Sozialen Wohnungsbaus vorsieht. Statt immer weiter neue Gemeinschaftsunterkünfte zu bauen, die die Wohnungsnot von Flüchtlingen nicht lösen, wollen wir, dass Sozialwohnungen gebaut werden, mit einem festgelegten Kontingent für Geflüchtete.

- Weitere Informationen und Kontakt:

Die Forderungen an die BVV Friedrichshain-Kreuzberg und den Senat erläutern wir gerne im Gespräch und freuen uns über Ihre Berichterstattung. Wir halten Sie auch gerne über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden.

nachbarschaftR14@gmail.com 22.08.2019